

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe februar 2007



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno Blissenbach, Jan Valentin Deichsel, Maren Jasper, Volker Jürgensen, Kurt M. Lehner, Markus Löning, Peter Lundkowski, Katja v. Maur, Peter Pawłowski, Frauke Sander, Henner Schmidt, Stefan Scholz, Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Julien Jordan v. Reitzenstein, Christoph Meyer, Irmgard Schwaetzer, Thomas Seerig, Sascha Tamm

Leserbriefe

Gaby Heise, Peter Lundkowski, Harald Ruppe

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe februar 2007
www.liberal-central.de

Liebe Parteidreundinnen und Parteidreunde in Berlin-Mitte,

wir sind mittendrin in der Saison der Jahreshauptversammlungen mit Vorstandswahlen in Gliedverbänden und Gremien, und die Neuaufstellungen nach zwei Wahljahren nehmen Formen an. Weiterhin ist eine jede und ein jeder aufgerufen, daran mitzuwirken – indem sie oder er sich selbst zur Verfügung stellt, wenn im liberalen Herzen der Ruf erklingt, aber auch, indem sie oder er die Jahreshauptversammlungen besucht und mit Stimme und Stimme dazu beiträgt, unsere Partei vernünftig geordnet und in einer durch Aufrichtigkeit und Anstand gewonnenen Geschlossenheit auf den Weg zu schicken. *Be cricket* – Deutschland und Berlin brauchen eine starke FDP.

Bundespolitisch hat die schwarz-rote Koalition der Armut es erwartungsgemäß geschafft, dem Pflänzchen eines zarten Konjunkturauschwunges mit ihrer völlig verfehlten Ordnungspolitik sehr schnell den Garaus zu machen. Im Bereich der Außenpolitik kontrastiert mit Recht unser Landesvorsitzender Markus Löning als europapolitischer Sprecher im Bundestag: Tony Blair habe mit der Präsentation seiner EU-Präsidentschaft 2005 eine europaweite Debatte ausgelöst, indem er warnte, dass die EU zu scheitern drohe, sollte sie sich nicht modernisieren und bürgernäher werden – dem gegenüber konnte Merkel keinerlei Impulse setzen. Und zur Person des Außenministers Steinmeier in *res Kurnaz* etwa Christoph Keese in der „Welt“: „Die rot-grüne Regierung war gefangen im System Guantánamo, während sie gleichzeitig zum Zwecke der eigenen Wiederwahl im Herbst 2002 eine scheußlich-schrille Kampagne gegen George W. Bush inszenierte. Wir schauen in einen Abgrund politischer Bigotterie, wie er sich in der Rückschau auf eine abgewählte Regierung selten so dunkel auftut.“

Landespolitisch nimmt speziell die Arbeitsmarktpolitik des rot-roten Senates tragik-komische Züge an. Während Berlin angesichts unprofessioneller Strukturpolitik hinter der Entwicklung andernorts weiter zurückbleibt, ruft man 100 Millionen Euro an Bundesmitteln zur Wiedereingliederung nicht ab und träumt nebenbei Luftschlösser von weiteren staatlichen Arbeitsmarktsektoren.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Politik ist ein bisschen mehr, als auf irgendwelchen Festen Fähnchen und Lutscher zu verteilen.

Martin Lindner

Lagebericht des Vorsitzenden

Zusammen mehr erreichen

von Henner Schmidt

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, in diesem Monat können Sie bei den Jahreshauptversammlungen Ihrer Ortsverbände an den parteiinternen Wahlen teilnehmen. Die dort gewählten Delegierten zum Landesparteitag und zum Bezirksausschuss werden wesentliche inhaltliche Entscheidungen treffen, da sich sowohl der Landesverband als auch unser Bezirksverband in nächster Zeit auf wichtige strategische und inhaltliche Fragen konzentrieren werden, nachdem in den letzten beiden Jahren intensive Wahlkämpfe durchzustehen waren. Mit Ihrer Teilnahme an den Jahreshauptversammlungen können Sie diese Entscheidungen mitgestalten. Fragen Sie ruhig die Kandidaten und Kandidatinnen, die Delegierte werden wollen, nach ihren inhaltlichen Vorstellungen und unterstützen Sie diejenigen, von denen Sie sich am besten vertreten fühlen. Überlegen Sie auch, ob Sie nicht selbst als Delegierte kandidieren wollen, so können Sie die Entscheidungen direkt mitgestalten.

Bei den Ortsvorständen wird es dieses Jahr spannend, da viele bewährte Zugpferde der liberalen Sache ihre Aufgaben an Nachfolger übergeben wollen. Die Neubesetzungen in den Vorständen werden zeigen, dass wir in Mitte ein großes Reservoir an engagierten und kompetenten Mitgliedern haben, mit denen wir Positionen in der Partei gut besetzen können. Durch unsere systematische Nachwuchsförderung werden auch wieder viele junge Leute Verantwortung in unserer Partei übernehmen.

Vom neuen Bezirksausschuss wird dieses Jahr am 1. März auch ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Meine Stellvertreter Maren Jasper und Peter Pawłowski und ich selbst möchten gerne als Team weitere zwei Jahre den Bezirksverband führen und die gute Arbeit der letzten beiden Jahre fortsetzen. In dieser Zeit haben wir mit unseren anderen Bezirksvorstandskollegen gemeinsam zwei sehr aufwendige und erfolgreiche Wahlkämpfe durchgestanden und wichtige strategische und inhaltliche Festlegungen erarbeitet.

Die Ortsverbände in Mitte arbeiten inzwischen immer besser zusammen, was sich nicht nur im Wahlkampf sondern auch bei vielen gemeinsamen Veranstaltungen zeigt. Die letzte Neumit-



gliederveranstaltung, bei der sich vier unserer Ortsverbände koordiniert haben, um den neuen Mitgliedern einen guten Einstieg in die Parteiarbeit zu bieten, zeigt, wie durch gute Zusammenarbeit bessere Ergebnisse für alle erzielt werden können.

Wir haben als Bezirksverband Mitte durch unsere personellen und inhaltlichen Stärken genauso wie durch die bessere Koordination der Ortsverbände auch unsere Positionierung in der Landespartei spürbar verbessern können. Unsere Anträge, die manchmal auch provokant sind und so wichtige Diskussionen entfachen und die hohe Präsenz unserer Mitglieder in den Landesfachausschüssen sorgen für eine positive Wahrnehmung unseres Bezirksverbandes. Diese Stärken wollen wir in den nächsten beiden Jahren weiter ausbauen.

Inhaltlich wollen wir die Erfahrungen unseres innerstädtischen Metropolenbezirks in die FDP einbringen. Die Themen, die uns besonders bewegen und die Lebenseinstellungen, die unseren Hauptstadtbezirk prägen, sind in der FDP immer noch unterrepräsentiert. Dies gilt zum Beispiel für die Integrationspolitik, aber auch für die Umwelt- und Verkehrspolitik aus der Sicht der Innenstadtbewohner. Durch die starken sozialen Unterschiede in unserem Bezirk nehmen wir auch viele soziale Entwicklungen deutlicher wahr. Bei diesen Themen können wir durch unsere Erfahrungen auch die Bundespartei bereichern und die FDP insgesamt attraktiver machen.

Unser Bezirksverband zeichnet sich dadurch aus, dass wir vielen ganz verschiedenen Menschen eine politische Heimat bieten und durch klare Profilbildung der einzelnen Ortsverbände unterschiedliche Zielgruppen ansprechen können. Deshalb sollten wir unseren Mitgliedern ermöglichen, dort mitzuarbeiten, wo sie sich im Bezirk am besten einbringen können. Dort wo formale Regelungen die Flexibilität (aus Erfahrung muss man sagen: zu Recht) begrenzen, sollten wir gemeinsame Regeln zu ihrer Handhabung finden. Das Engagement von Parteimitgliedern darf nicht durch Formalismen behindert werden. Dass wir in diesem Bereich um Lösungen ringen, wird auch in diesem LC wieder deutlich.

Für die weitere konstruktive Entwicklung unseres Bezirksverbandes hoffe ich auf Ihr Engagement und Ihre Unterstützung. Gemeinsam können wir viel erreichen.

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Was ist liberal in der Sozialpolitik?

von Irmgard Schwaetzer

Die Bundespartei, die Landespartei - alle entdecken das Soziale im Liberalismus.

So weit so gut. Aber haben Liberale einen unverwechselbaren Ansatz für eine Sozialpolitik, die Menschen überzeugt, die ihr Leben am liebsten selbst in die Hand nehmen?

Liberale Sozialpolitik ist in den letzten Jahren immer pointierter auf die Forderung konzentriert worden, die sozialen Sicherungssysteme (Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung) über eine immer stärker ausgebaute private, individuelle Finanzierung von den Problemen des Arbeitsmarktes zu entkoppeln und der Generationengerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Das ist ein klares Profil und ein sinnvolles dazu. Und es überzeugt viele, vor allem junge Menschen.

Die Selbstbestimmung auch in höherem Alter zu erhalten – davon reden alle. Aber die FDP legt ein Konzept vor, das den Eintritt in die Rente flexibel ab 60 ohne Abschläge möglich macht, wenn das Familieneinkommen aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge über der Grundsicherung liegt. Die Zuverdienstgrenzen werden abgeschafft, so dass jeder die Zeit, die ohne Pflichten im Beruf vor ihm liegt, selbstbestimmt gestalten kann.

Und natürlich ist der Spruch immer noch richtig, dass eine gute Arbeitsmarktpolitik (natürlich liberal gestaltet) eine gute Sozialpolitik ist.

Aber was sind die typisch liberalen Ansätze gegen Armut bei Kinderreichtum oder Verwahrlosung von Kindern inmitten dichtest bebauter Wohnsiedlungen? Oder die Einsamkeit der Alten, Kranken und Sterbenden?

Um sich diesen Antworten zu nähern müssen Ziel, Werte und Instrumente liberaler Sozialpolitik klar sein.

Also das Ziel: Jeder Bürger soll in der Lage sein, auch materielle Freiheitsrechte in Anspruch zu nehmen. Nichts schränkt stärker ein – macht unfreier – als Armut und die Angst vor Armut.



An welchen Werten orientiert sich die Politik, die diese Unfreiheit überwindet (wobei eine Gesellschaft ohne Armut nach den Kriterien der WHO nicht denkbar ist, denn Armut ist relativ: wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens aller Bürger hat, zählt dazu). Also: welche Werte? Selbstbestimmung statt staatlicher Vorgabe, individuelle Lösungen statt Gießkanne.

Eine Erhöhung des Kindergeldes allein kann es nicht sein, Menschen müssen in die Lage versetzt werden, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Dazu gehört Bildung. Also müssen mit Sprachförderung und personellen Familienhilfen, mit nachgehender Begleitung und Konsequenz die 25% Schulabbrecher, die eine Schande für Berlins Bildungspolitik sind, und die Dauer-Hartz IV-Empfänger der nächsten Jahrzehnte werden, dazu überzeugt werden, mit Freude zu lernen.

Verwahrlosung ist auch ein Zeichen von Überforderung. Und die erkennen Außenstehende häufig leichter als Nachbarn. Also sollten wir die Untersuchungen an heranwachsenden Kindern nicht allein der Sorgfalt und der Verantwortung der Eltern überlassen, sondern sie bis zum Alter von 8 Jahren verpflichtend machen, damit alle Kinder ihre Chance bekommen.

Und die Alten? Sehr viele genießen die geschenkten Jahre nach dem Eintritt in den Ruhestand. Und viele würden es noch mehr genießen, wenn ihre Lebenserfahrung abgerufen würde. Der Arbeitsmarkt für Freiwillige würde sicher noch mehr florieren, wenn für die wertvolle ehrenamtliche Arbeit eine Anerkennung fällig würde, z.B. in Unkostenzuschüssen oder einem kleinen steuerlichen Freibetrag. Die jungen Alten sind ein wichtiger Teil der Sozialpolitik der Zukunft angesichts des demografischen Wandels. Sie sind ein riesiger Gewinn an Menschlichkeit. Aber genau das trauen viele Menschen den Liberalen nicht zu Warum? Freiheit und Individualität kann missverstanden werden, wenn der Eindruck entsteht, diese Werte würden absolut gesetzt.

Also leben und handeln wir im Bewusstsein der Maxime, die Karl-Hermann Flach uns in unser Stammbuch geschrieben hat: Die Freiheit des Einzelnen endet an der Freiheit des Nächsten.

*Irmgard Schwaetzer (OV Gendarmenmarkt),
Bundesministerin a.D.*

Gastkommentar

Liberaler Aufbruch

von Thomas Seerig

Die FDP ist bei der Wahl 2006 im Abgeordnetenhaus und damit auf der politischen Bühne Berlins geblieben. Dies belässt uns auf der Oppositionsbank des Parlaments, jedoch sind unsere Chancen in dieser Stadt viel größer. Das umfassende Versagen des rotroten Senats vom Sozialen über Bildung bis Wirtschaft bietet genug Angriffspunkte und die Union ist in Berlin trotz Pflüger nur bedingt politikfähig.

Die Menschen in Berlin erwarten jedoch zukunftsfähige Antworten und eine bessere Politik. Leider glauben aber weniger als 4%, dies bei der FDP zu finden. Am 17. September ging jeder Zweite nicht zur Wahl und für die „Sonsstigen“ entschieden sich doppelt so viele Wählerinnen und Wähler wie für die Liberalen.

Wir erreichen offensichtlich die Menschen nicht bzw. können unsere Ideen nicht vermitteln. Wenn wir dies ändern und unsere Möglichkeiten besser nutzen wollen, gilt es weniger an den Inhalten liberaler Politik zu arbeiten, sondern an deren Vermittlung.

Liberale sprechen stets den Intellekt an; aber das Herz bleibt meist unbefriedigt. Liberale Politik kann und sollte aber auch Spaß machen. Dies müssen wir den Menschen sagen und auch vorleben, Emotionen und Humor sind nämlich nicht illiberal.

Jedoch setzt dies zuerst Glaubwürdigkeit in Reden, Handeln und Auftreten voraus.

Die Ansage des Bundesvorsitzenden, dass die Liberalen jetzt die Sozialpolitik entdeckt haben, reicht eben nicht. Zudem ist sie falsch, da viele in der FDP seit Jahren kompetente Sozialpolitik machen und einen Weckruf nicht brauchten, sondern verlässlichere Unterstützung im Tagesgeschäft und vielleicht eine Identifikationsfigur auf Bundesebene für die Medien.

Unser Auftreten und Erscheinungsbild muss mehr Frische und Kreativität ausstrahlen, also mal die reine Abwägung ökonomischer Sachzwänge beiseite lassen. Liberalität ist ein positives Lebensgefühl und damit viel mehr als das



stetige berechtigte Pochen auf Haushaltskonsolidierung, das viele mit FDP-Politik verbinden. Diesen umfassenden Lebensentwurf gilt es offensiv zu kommunizieren, wohl zuerst in der eigenen Partei. Dann suchen die Menschen vielleicht die Lösungen zu ihren Fragen endlich in den Wahlprogrammen der Liberalen.

Wir müssen aus den Ortsverbänden heraus und zu den „Menschen“ gehen, um zu hören, was der Stadt wirklich auf den Nägeln brennt. Zuzuhören gilt es gerade dort, wo bisher nicht FDP gewählt wird.

Die Fragen, die die Menschen tatsächlich bewegen, sind oft nicht die Themen auf der Agenda der Politik. Politiker sind bei aller notwendiger Zukunftsorientierung gut beraten, das tägliche Leben nicht zu vergessen – dazu müssen sie es kennen.

Liberalen müssen die Netzwerke der Stadt besser nutzen und sich aktiv in die soziale Struktur Berlins einbinden. Der Dialog des AK Grundsatz- und Perspektivfragen mit der Spitze des DGB Berlin zu den Gemeinsamkeiten von Liberalen und Gewerkschaften ist hier hoffentlich ein Auftakt gewesen, Berlin umfassender wahrzunehmen.

Anders als die Grünen stößt man in Vereinen, Initiativen und Gemeinden eher selten auf Parteidreunde; zumindest bekennen sich dort nur wenige zum blau-gelben Parteibuch. Liberale dürfen bürgerschaftliches Engagement jedoch nicht nur fordern, sie müssen es aktiver vorleben.

Wir sollten Versammlungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum liberalen Jour Fix machen. Dies ist trotz langjähriger Arbeit der Freien Demokratischen Wohlfahrt bisher nicht der Fall, obwohl das Ansehen der FDW in der Stadt wohl höher ist als in der Partei.

In dieser Stadt ist für uns Liberale viel mehr drin als 8 bis 10%, wenn wir uns wieder als Motor des Fortschritts in der Gesellschaft verstehen - Wir müssen es nur wollen und offensiv angehen. Lasst uns anfangen; mit Herz und Verstand, mit Offenheit im Auftritt und für das Leben in unserem Berlin.

Thomas Seerig (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender des OV Steglitz-Nord und des Landesarbeitskreises „Grundsatz- und Perspektivfragen“

Zum Thema**Wes Brot ich ess, des Lied
ich sing***von Julien Jordan v. Reitzenstein*

Wovon lebt heute eigentlich Berlin? Einer der größten, jedoch sensibelsten Bereiche, von denen Berlin lebt, ist der Tourismus. Erstaunlicherweise gibt es hier jedoch weder in den Parteien, noch im Senat eine Richtlinienkompetenz. Hotelbau, Museen, Flughäfen, Gastronomie, Publikumsmagneten wie junge Kunst und Clubs – für alles gibt es zu viele hindernde Vorschriften und zumeist unkoordinierte Zuständigkeiten. Das ist kein Zustand.



In der Wahrnehmung der meisten Menschen dieser Welt hat Berlin nur ein Produkt: Tourismus. Man stelle sich solche Zustände bei einem anderen Produkt vor, z.B. einem Restaurant. Wenn jeder Koch seine Zutaten und Gerichte ohne Koordination in eine Menüfolge einreihen würde, hätte der Gast wenig Freude. Tourismus ist jedoch kein Selbstläufer. Viele Touristen kommen in der Tat von allein. Berlin ist jedoch kein Touristenrestaurant, das oft davon lebt, dass die Gäste ohnehin in den nächsten Jahren nicht zurückkommen. Berlin muss nicht nur dafür sorgen, dass Touristen beeindruckt heimkehren. Es ist eine Aufgabe der gesamten Berliner Politik, durch Koordination aller Beteiligten und Entwicklung ganzheitlicher Strategien die Touristen unglücklich heimkehren zu lassen. Unglücklich über all die vielen stimmigen und spannenden Dinge, die sie auf der Speisekarte gesehen, aber noch nicht erfahren haben. So beeindruckt vom Erlebten, dass sie nicht nur rasch wiederkehren, sondern vielen anderen Menschen vom wertvollsten Element Berlins berichten: seiner Tourismuskultur. Gewiss – eine Stadt zahlt ihre Rechnungen nicht mit den Glücksgefühlen von Touristen. Aber mit dem Geld, dass ein immer größerer Touristenstrom gern in Berlin ausgibt.

Berlin muss hierfür die Voraussetzungen schaffen. Weniger Staat - mehr Möglichkeiten durch umfassende Koordination. Eine Aufgabe für eine liberale Avantgarde in der Berliner Landespolitik.

Julien Jordan v. Reitzenstein (OV Wilhelmstadt) leitet den GK „Tourismus“ des BV Mitte sowie die AG Tourismus des LFA Wirtschaft

Zum Thema**„Mindestlohn“***von Sascha Tamm*

Zum Thema „Mindestlohn“ ist fast alles gesagt. Doch der jüngste Auftritt von Franz Müntefering im öffentlich-rechtlichen Frühstücksfernsehen hat noch einmal schön demonstriert, was Frederic Bastiat in „Was man sieht und was man nicht sieht“ angegriffen hat – die Blindheit gegenüber den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Müntefering erklärte, dass im Dienstleistungsbereich die Kunden ja nicht ausweichen könnten. Seine Haare ließe er sich jedenfalls immer in Berlin schneiden, und die Fensterputzer des Bundestages könnten auch nur am Ort arbeiten. Also wäre eine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Mindestlöhne und damit verbundene Kostensteigerungen gar nicht möglich.



Das ist doppelter Unsinn: Erstens wird unterstellt, dass die Nachfrage nach Dienstleistungen nicht preiselastisch sei. Zwar kann man zu dieser Vermutung kommen, wenn man die Friseurrechnungen einiger Damen sieht. Doch natürlich richten Menschen im Allgemeinen die Nachfrage nach Dienstleistungen nach den Preisen aus – von dem blühenden sogenannten „Schwarz“-Markt mal ganz abgesehen. Zweitens wird das Geld, das für den Friseur oder den Fensterputzer mehr ausgegeben wird, an anderer Stelle eingespart – hier wird Nachfrage verringert. Unter dem Mindestlohn leiden also viele andere Unternehmen, die weniger verkaufen können.

Mehr Einkommen – das dann natürlich auch für astronomische Friseurrechnungen ausgegeben werden kann – entsteht nicht durch die staatliche Umverteilung zugunsten einer Gruppe, sondern durch produktiven und innovativen Einsatz aller Ressourcen – und daraus resultierendem Wirtschaftswachstum.

Wenn zuerst der Kündigungsschutz, das Monopol der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und die Entsenderichtlinie abgeschafft würden, ließe sich ein Mindestlohn verschmerzen. Im „Mindestlohn“-Land USA etwa gibt es eine wirtschaftliche Dynamik, die Millionen Jobs schafft und für steigende Löhne sorgt. In Deutschland dagegen wäre der Mindestlohn nur das etatistische Sahnehäubchen auf einem total regulierten Arbeitsmarkt.

Sascha Tamm (OV OT), Referent am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Aus dem Abgeordnetenhaus

Rot-Rote Altlasten

von Christoph Meyer

Zu Beginn der neuen Legislatur beschäftigt sich das Parlament nun auch mit den Folgen von fünf Jahren Rot-Rot. Zwei aktuelle Beispiele aus dem Hause der Kulturverwaltung:



Vor zwei Jahren bekundete ein Investor Interesse an der Errichtung eines Aussichtsrads auf dem bahneigenen Gleisdreieck in unmittelbarer Nachbarschaft zum Technikmuseum, diese Absicht erzeugte einen Proteststurm des Museums und der sich für zuständig erklärenden Kulturverwaltung. Da die Flächen aber zum Verkauf standen fand man eine Lösung. Ein britischer „Kunstmäzen“, der bekannt für seinen Faible für Militärdevolutionären ist, erklärte sich bereit, dem Museum eine Flächenerweiterung durch eine Schenkung von über € 5 Mio. zu ermöglichen. Offensichtlich ohne eingehende Bonitätsprüfung und rechtsverbindliche Schenkungserklärung verpflichtete sich das Land Berlin daraufhin zum Ankauf der Fläche. Zwei Jahre wartete das Land auf das Geld, die Firma des Briten ist mittlerweile insolvent, zwischenzeitlich mehrten sich Gerüchte, Exponate – z.B. ein Stuka (!) – des Technikmuseums seien in England im Besitz des Mäzens aufgetaucht. In der vergangenen Woche hat das Land den Ankauf der Flächen nun schließlich selbst übernommen.

Anderes Thema, selbe Senatsverwaltung. Im Herbst letzten Jahres wurde das bekannte Gemälde Straßenszene von Kirchner restituier und unmittelbar im Anschluss in New York versteigert. Es mehren sich zwischenzeitlich die Anzeichen, dass die Rückgabe ohne genaue Anspruchsprüfung durch die damaligen Kulturstatssekretärin und jetzige Senatskanzleichefin Kisseler zugesagt und letztlich auch durchgeführt wurde. Die FDP-Fraktion hat in der vergangenen Woche daher einen Antrag auf Errichtung eines Untersuchungsausschusses eingebracht. Grüne und CDU schrecken hier noch zurück, wollen den Fragenkatalog der FDP in einem Sonderausschuss beraten.

Mentalitätswechsel sieht anders aus...

Christoph Meyer MdA (BV Charlottenburg-Wilmersdorf) ist Stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im AGH

Aus der Landespartei

Schwerpunkt Sozialpolitik

von Markus Löning

Wie können wir aus einem soliden Ergebnis 2006 beim nächsten Mal ein herausragendes Wahlergebnis machen? Mit diesen Fragen und der Vorbereitung des Landesparteitages beschäftigt sich der Landesvorstand auf seiner Klausursitzung Mitte Februar. Um die Dinge gut zu koordinieren, wird ein Teil der Sitzung gemeinsam mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus stattfinden.



Zwei Dinge schälen sich in der bisherigen Diskussion heraus: wir sollten uns thematisch verbreitern und unsere Kontakte zu Gruppen, Vereinen und Initiativen verstärken.

Dass wir auch in Zukunft für eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, eine solide Haushaltspolitik und eine moderne Bildungspolitik stehen, ist selbstverständlich. Aber daneben gibt es Themen, mit denen wir uns intensiver als bisher beschäftigen sollten.

Der Landesvorstand hat die Sozialpolitik als Schwerpunkt für den kommenden Landesparteitag festgelegt und Gliederungen und Fachauschüsse gebeten, mit Anträgen dazu beizutragen. Dabei wollen wir nicht die Grundsätze liberaler Sozialpolitik neu erfinden, sondern liberale Antworten auf aktuelle soziale Fragen unserer Stadt finden.

Aber die Themenverbreiterung muss auf die Dauer darüber hinaus gehen. Alles, was für mehr Lebensqualität in Berlin wichtig ist, ist unser Thema. Wie können wir eine gesunde Umwelt und vernünftigen Verbraucherschutz in der Großstadt erreichen, wie kann der Verkehr so organisiert werden, dass maximale Bewegungsfreiheit mit möglichst wenig Lärm- und Umweltbelastung erreicht wird, wie kann die Situation von Kindern und Familien verbessert werden, wir wollen wir Berlins lebendige Kulturlandschaft erhalten und pflegen.....

Insgesamt stellt sich die Frage, wie wir einen wachstumsstarken, modernen Wirtschaftsstandort und herausragenden Ort für Bildung und Forschung aufbauen und dies mit einem Maximum an Lebensqualität für die Berlinerinnen und Berliner verbinden können.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Berlin

Berichte aus Mitte

Kranke Mitte

Peter Pawłowski für die BVV-Fraktion

Der Bericht des Bezirksamtes zur Gesundheitslage der Bevölkerung in Mitte ist schockierend. Was die Zahl der Hepatitis-Fälle, der TBC-Infektionen sowie der sexuell übertragbaren Krankheiten betrifft, steht Mitte an einsamer Spitze in ganz Berlin. Trotz dieser erschreckenden Erkenntnisse hat der Senat in Einvernehmen mit dem Rat der Bürgermeister die Verlegung der Tuberkulosefürsorgestelle von Wedding nach Lichtenberg beschlossen. Für die FDP ist das ein gesundheitspolitischer Skandal.

Unsere Fraktion hat deshalb eine Dringlichkeitsanfrage und einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem das BA aufgefordert wurde, alles zu unternehmen, um die Entscheidung des Senats zu revidieren. Den überzeugenden Argumenten von Frauke Sander, der Initiatorin des Antrages, hatte der Bürgermeister Dr. Christian Hanke (SPD) nichts entgegenzusetzen. Die TBC-Fürsorgestelle in Wedding ist offensichtlich zu Opfer eines politischen Deals geworden. Nach einer heftigen Debatte wurde schließlich unser Antrag mit den Stimmen von FDP, Grünen, CDU, den Grauen und der WASG angenommen. Jetzt werden wir über unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus eine Anfrage zu diesem Thema stellen. Die FDP begrüßt grundsätzlich Reformen des Gesundheitssystems. Diese müssen jedoch auf fachlichen und nicht ausschließlich politischen Grundlagen basieren.

Kultur braucht Demokratie – Es ist nicht allzu lange her, als alle Fraktionen und die Stadträtin für Bildung und Kultur, Dagmar Hänisch (SPD) sich über die Zusammensetzung des sog. Kulturbirates geeinigt haben. Das Gremium soll in regelmäßigen Abständen von den Künstlern und interessierten Bürgern gewählt werden. Eine der Hauptaufgaben des Kulturbirats ist die Vergabe der Mittel im Rahmen der dezentralen Kulturarbeit. Eigentlich soll in diesem Jahr neu gewählt werden. Doch Frau Hänisch hat der BVV vorgeschlagen, dass die Amtszeit des jetzigen Beirats um ein Jahr verlängert wird. Die Begründung mutet seltsam an: die Wahl wäre angesichts des mangelhaften Interesses der Bürger zu umständlich und die Vergabe der Mittel würde sich verzögern.

Dieser merkwürdige Umgang mit den demokratischen Gepflogenheiten konnte nicht unkommentiert bleiben. Peter Lundkowski hat das vom Bezirksamt vorgeschlagene neue Verfahren

scharf kritisiert und zusammen mit der CDU in der BVV einen Antrag zur Fortsetzung des alten Verfahrens gestellt. Dieser wurde zwar mit den Stimmen von SPD, PDS und den Grünen abgelehnt, dennoch ist das Thema für die FDP nicht abgeschlossen. Spätestens Ende dieses Jahres werden wir eine ernsthafte Diskussion über die dezentrale Kulturarbeit in Mitte führen. Nebenbei wäre es interessant zu erfahren, wie Frau Hänisch reagieren würde, wenn wir z. B. vorschließen, die Amtszeit der schwarz-gelben Koalition in NRW um weitere vier Jahre einfach so zu verlängern. Schließlich sind die Landtagswahlen wirklich umständlich und weiß Gott nicht jedermanns Sache.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Gendarmenmarkt und Wedding: Veranstaltung für Neumitglieder

von Volker Jürgensen

Die Ortsverbände Gendarmenmarkt und Wedding hatten am 11.01. zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung für Neu- (und Alt-)mitglieder und Interessenten ins Restaurant Habbel Weinkultur in der Luisenstraße geladen. Thema des Abends war „Mitwirkungsmöglichkeiten in der FDP“. Hauptreferent vor den zahlreich erschienenen Gästen war der frühere Landesgeschäftsführer Horst Krumpen, der Struktur und Arbeit der Partei ausführlich darstellte. Auch der Bezirksvoritzende Henner Schmidt MdA sowie die Landesvorstandsmitglieder Maren Jasper und Tim Stuchtey stellten ihre Funktionen, Themen und Betätigungsfelder, insbesondere in Fachausschüssen, vor.

Anschließend konnten sich die Teilnehmer, während besser Wein gereicht wurde, am kalten Buffet mit feinem Käse oder rustikalen Boulettes verpflegen. In lockerer Atmosphäre kamen alte und neue Mitglieder schnell miteinander ins Gespräch. Im Stehen oder Sitzen bildeten sich lebhafte Gesprächsrunden – eine gute Werbung für die Partei und ihre Lebendigkeit, was man ja von den formellen Sitzungen nicht immer behaupten kann.

Auch für andere Ortsverbände ist dies sicher eine gute Anregung, denn wer sich schon als Neumitglied in eine Partei traut, möchte sich ja auch engagieren und beteiligen, und in entspannter und informativer Atmosphäre fällt dies sicher vielen leichter. Wir hoffen, viele der Neuzugänge demnächst auf weiteren Veranstaltungen wiederzusehen und feuern uns auf ihre Mitarbeit und ihr Engagement.

Domizilprinzip

Frauke Sander für den OV OT

Aus Anlass des Leserbriefes von Arno Schödl in der Januar-Ausgabe des Liberal Central hat sich der Vorstand des OV OT mit der Angelegenheit befasst. Den dort seitens des Mitgliedes Arno Schödl gegebenen Tatsachenbericht kann der Vorstand so nicht im Raum stehen lassen.

Es ist richtig, dass Arno Schödl im Februar 2006 einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung gestellt hat. Da der aufzunehmende Verband Wilhelmstadt bereits entschieden hatte, das Mitglied nicht aufzunehmen zu wollen, war der Antrag von Herrn Schödl für uns gegenstandslos und bedurfte keiner Beratung im Vorstand.

Im November des Jahres 2006 stellte das Mitglied Schödl erneut den Antrag auf Ausnahmegenehmigung, um aus persönlichen Gründen in den OV Wilhelmstadt zu wechseln. Dieser wurde nach Beratungen im Vorstand nach strikter und formaler Satzungsauslegung abgelehnt.

Bestärkt hat unsere Haltung, dass es im Rahmen der Listenaufstellungen im vergangenen Jahr zu einer stärkeren Sensibilisierung, auch durch den Landesvorstand, hinsichtlich einer offensichtlichen Lastwagendemokratie gekommen ist. Bedauerlicherweise konnte Herr Schödl keine laut Satzung relevanten Gründe für sein Übertrittsge-
such vortragen.

Es geht hier nicht darum, die grundsätzliche Handhabung von Domizilausnahmen, die sowohl die Landes- als auch die Bundessatzung explizit vorsehen, zu hinterfragen. Sie soll auch in satzungsgemäßen Fällen weiter praktiziert werden.

Die Mitgliedschaft bei der FDP sollte in einem inneren liberalen Kompass und einem gemeinsamen Willen, mehr Bürgerinnen und Bürger von unseren Inhalten zu überzeugen, begründet liegen und nicht abhängig von vermeintlichen Antipathien sein. Somit bedauern wir den Entschluss von Herrn Schödl, seine Mitgliedschaft in der FDP zu beenden.

Programmatik

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Bei der Vorstandssitzung vom 01.02.2007 stand naturgemäß die Vorbereitung der JHV im Vordergrund. Neben den üblichen Punkten wie Rechenschaftsbericht, Kandidaturen usw. wurden auch die Ergebnisse der AG-Programmatik-Sitzung vom 26.01.2007 diskutiert. Zu Letzteren gehören einige Anträge zu Landes-, Bundes-, EU-, und internationalen Themen aus den Bereichen Bildungs-, Kultur-, Menschenrechts- und Steuerpolitik welche z.T. spannende Diskussionen in den Partei-Ebenen erwarten lassen. Zu einem kommunalpolitischen Verkehrs-Antrag wird vom Initiator noch recherchiert sowie vorab der Kontakt zur BVV-Fraktion und unserem AGH-Abgeordneten, Henner Schmidt, gesucht.

JHV Gendarmenmarkt: Neue Akzente für Mitte

Inge Müller-Hönöw vom OV Gendarmenmarkt

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung votierten die Mitglieder des Ortsverbandes Gendarmenmarkt bei den Wahlen zum Vorstand traditionsgemäß für Kontinuität – und setzten dabei doch wichtige neue Akzente.

Dr. Heiko Müller übergab die Führung am Gendarmenmarkt aus beruflichen Erwägungen vertrauensvoll in die Hände seines bisherigen Stellvertreters Stefan Scholz.

Zusätzlich werden zwei neue Gesichter frischen Wind in die Arbeit des Vorstandes hineinragen: Juli-Landesvorstand David Issmer und das bereits bewährte Organisationstalent Petra Schulz. Ingo Kamps, Thomas Waterstradt, Franziska Löke und Udo Blaukat bleiben dem Vorstand in zum Teil neuen Funktionen erhalten.

Die Anwesenden dankten den beiden bisherigen engagierten Vorstandsmitgliedern Heiko Müller und Wolfgang Schreiber mit großen Blumensträußen. Beide Parteifreunde kandidierten nicht wieder, werden den Ortsverband aber weiterhin aktiv unterstützen.

Als wichtige Ziele betonte der neue Vorstand bereits eine verstärkte vertrauensvolle Zusammenarbeit der Ortsverbände in Mitte untereinander und eine bessere Sichtbarkeit einer geschlossenen FDP für den Bürger nach Außen.

Personalien



(au) Der OV Gendarmenmarkt eröffnet in diesem Jahr den Reigen der Jahreshauptversammlungen unserer Ortsverbände in Mitte. Der langjährige Ortsvorsitzende **Heiko Müller** (Foto)

trat nicht mehr an, zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter im Vorsitz **Stefan Scholz** (Foto) gewählt. Letzteres Amt hat weiterhin **Ingo Kamps** inne, ihm zur Seite neu **Thomas Waterstradt**. Das Schatzmeisteramt übergab **Franziska Löke** an **David Issmer**, um künftig dem Vorstand als Beisitzerin anzugehören, wo sie **Petra Schulz** und **Udo Blaukat** zu Kollegen hat. Als Hauptdelegierte zum Bezirksausschuss wurden neben dem neuen Ortsvorsitzenden unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdA, sein Amtsvorgänger **Harald Berzl** und Parteifreundin **Irmgard Schwaetzer** gewählt. Auch der Ortsverband Wedding hat seine JHV schon durchgeführt und ebenfalls den Verband neu aufgestellt. **Bettina v. Seyfried** (Foto) trat nicht mehr an und ist künftig Beisitzerin im Vorstand, Nachfolger ist **Volker Jürgensen** (Foto), der sich in dem Wettbewerb mit **Michael Röhr** durchsetzte.

Stellvertreter wurden die Newcomer **Alexander Förster** und **Christian Beck**, alter und neuer Schatzmeister **Erwin Loßmann**, weitere Beisitzer **Claudia Bandow** und **Peter Lundkowski**. Als Hauptdelegierte zum Bezirksausschuss sind Bettina v. Seyfried und Michael Röhr gewählt.

(au) Bezirksausschuss-Sprecher **Kurt M. Lehner** (Tiergarten) musizierte mit einem prominentem Kollegen: Die Capella Academica, Symphonieorchester der HU, in deren Cellistengruppe Lehner mitwirkt, spielte im Konzerthaus am Gendarmenmarkt Beethovens Violinkonzert D-Dur u. die 5. Sinfonie e-moll von Tschaikowski – Solist mit der Violine **Michael Barenboim**, Sohn von Staatskapellmeister **Daniel Barenboim**.

(au) Unsere Medienrätin bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, **Antja Pieper** (Tiergarten), hatte das Vergnügen, für die Europäische Kulturstiftung den „Prix Award Exploration“ überreichen zu dürfen, einen europaweit vergebenen Preis für Junge Kreative. In ihrer Ansprache an die in Berlin versammelten Festgäste strich Pieper den Anspruch der Hauptstadt heraus, an der Spitze der Medienentwicklung zu stehen.



(au) **Udo von Massenbach** (Wilhelmstadt) wurde am 22. Januar, seinem Geburtstag, zum Präsidenten des American German Business Club Berlin (AGBC Berlin) gewählt. Als Erster gratulierte US-Botschafter **William Timken** dem neuen Mann an der Spitze und sicherte ihm und dem Club seine volle Unterstützung zu.

(au) Die Jungen Liberalen in Mitte haben sich turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. In gewohnter Eintracht wurde zum Vorsitzenden der bislang kommissarisch in diesem Amt amtierende **Holger Sieg** (Foto) gekürt und als seine Stellvertreter **Christoph Santl** (OT) bestätigt und neu in dieses Amt gewählt **Philipp Ehmann** (Tiergarten) sowie **Juliane Homuth** – alter und neuer Schatzmeister ist **Alexander Wagner**, Beisitzer **Christian Lüdtke** (Gendarmenmarkt). Auch der Landesverband Berlin der JuLis hat sich einen neuen Vorstand gegeben. Die bisherige Landesvorsitzende **Daniela Langer** (Nordberlin) trat nicht mehr an, zu ihrem Nachfolger wählte die Versammlung mit großer Mehrheit **Mischa Hecker** (Foto), bislang JuLi-Bezirksvorsitzender in ‚Charlottenburg-Wilmersdorf-Spandau‘, nachdem seine Amtskollegin **Beate Schütz**



aus dem Bezirk ‚Wuhletal‘ ihre Kandidatur zurückgezogen hatte. Hecker zu seiner Wahl: „Ich freue mich über das mir entgegengebrachte Vertrauen und freue mich darauf, gemeinsam mit den Berliner Julis, zahlreiche liberale Akzente in der Hauptstadtpolitik zu setzen.“ Als Stellvertreter im Landesvorsitz sind **Katrin Wollschläger**, **Christoph Stoll** (beide aus ‚Charlottenburg-Wilmersdorf-Spandau‘) sowie **Leo Wittrien** (Steglitz-Zehlendorf) gewählt. Der Bezirksverband ‚Mitte‘ ist mit **David Issmer** (Gendarmenmarkt) in dem neuen JuLi-Landesvorstand vertreten, mit welchem nicht zuletzt Hoffnung und Zuversicht auf einen integrativen und damit erfolgreichen Weg des Verbandes verbunden sind.

(au) Unter dem Motto „Kultur: Die Energie für unsere Zukunft“ hat die FDP in Berlin ihre Kultuskampagne gestartet. Mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien des Bundestages, **Hans-Joachim Otto**, und Schauspieler **Dieter Hallervorden** hat unser Parteivorsitzender **Guido Westerwelle** diese Kampagne im Art-Center Berlin vorgestellt. Ziel der FDP sei es unter anderem, an einem Bewusstseinswandel mitzuwirken. „Ausgaben für Kultur sind keine Subventionen, sondern Investitionen in unsere Zukunft“, so Westerwelle.

Leserbriefe

Gaby Heise (LV Baden-Württemberg)

Lieber Nils, vielen Dank für die aktuelle Ausgabe des LC, die ich gerade mit Interesse gelesen habe. Thomas Niemeyer spricht mir aus der Seele, ich hätte es besser (vielleicht ein bisschen bissiger) nicht formulieren können ... Herzliche Grüße aus dem Ländle, Gaby

Harald Ruppe (OV Wilhelmstadt)

Liebe Herausgeber von Liberal Central, lieber Herr Augustin, ich möchte Ihnen für Ihre Arbeit und Ihr Engagement für die meines Erachtens sehr gelungene Mitgliederzeitschrift Liberal Central danken. Ich wünsche Ihnen für Ihre weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

Peter Lundkowski (OV Wedding)

Zum Leserbrief von Arno Schödl in der Januar-Ausgabe: Unsere Landessatzung sieht das Domizilprinzip vor, und das sollten wir – mit wenigen Ausnahmen, z.B wenn es um den Arbeitsplatz geht – auch im BV Mitte in allen Ortsverbänden durchsetzen.

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Wir

von Anno Blissenbach

Stets zur JHV-Zeit beginnt emsige Geschäftigkeit und betriebsame (Tele)-Kommunikation; eine spezifische innere Unruhe ergreift nach und nach Besitz von fast der gesamten Berliner FDP. Nicht etwa hochbrisante Anträge zu kontroversen Politikfeldern sind die Ursache, sondern – Personalwahlen. Die Kandidatenaufstellung zu AGH- und BVV-Wahlen von 2006 wirft noch lange Schlagschatten, während die anstehende LaVo-Nachwahl, ja selbst die nächste Bundestagswahl bereits ihre Schatten vorauswirft. Soll A unter Duldung von B Funktion X erhalten, obwohl C und D ausgekungelt haben, dass ... Selbstverständlich gehe es dabei nur „ums Parteiwohl“ – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Bei all den Winkelzügen, Strategieoptionen, Nebelkerzen, bleibt – wen wunderts? – immens viel Energie und Zeit auf der Strecke. Die investierten Kräfte und Ressourcen, sowie die mit ‚abgesagten‘ Parteifreund/innen untergehenden Fachkompetenzen fehlen dann dort, wo sie dringend gebraucht werden: in der Entwicklung und Umsetzung von Programmatik sowie insbesondere darin, liberale Inhalte so zu kommunizieren, dass diese bei den Wähler/innen kompetent und überzeugend ankommen und konkreten Einfluss auf das Wahlergebnis gewinnen. Zu oft schon fehlten – hausgemacht – die regierungsentscheidenden Zehntel. Finden wir zum Wir! – Dann werden die Wähler/innen zu uns finden. ...

Liberale Unternehmer in Mitte: Marcus Mayer (OV Wilhelmstadt)



Geboren wurde der heute 40-jährige in Wilhelmshaven. Geprägt durch liberales Denken im Elternhaus und eine grundsolide Hotel-Fachausbildung wurde Marcus Mayer schon sehr früh auf den Weg zur Selbstständigkeit gebracht. Vielelei technisches Wissen, das er sich bei Bundeswehr und Marine aneignen konnte, waren - wie er stolz meint - nicht „verkehrt“ und machen das „Zupacken“ für ihn zur Selbstverständlichkeit. Nach verschiedenen Stationen in renommierten Hotels und Gastrobetrieben wurde er schon in jungen Jahren als ideenreicher Betriebsleiter anerkannt und an verantwortlicher Stelle eingesetzt. Er war u.a. Beiratsmitglied des DEHOGA in Oldenburg. Aufgaben als Franchise-, Gastro-, Szene- und Eventberater sowie als Verkaufsleiter für Markengetränke brachten Marcus Mayer eine Menge Erfahrungen und Kontakte und ein Gespür für das, was in der Gastronomie richtig laufen und erfolgreich sein könnte. Dieses Wissen konnte er jetzt gebündelt umsetzen. Mit dem Basi'l Berlin hat Marcus Mayer sein erstes Szenerestaurant in der Stadt seiner Liebe eröffnet. Sein Ziel ist, dieses erfolgreiche Konzept an weiteren Standorten Berlins und in anderen grossen Städten zu verwirklichen. Der FDP, OV Wilhelmstadt, ist er im November 2006 beigetreten.

Termine

Februar 2007

- 06.02 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Via Nova (Universitätsstr. 2-3a)
- 07.02 19.30h OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** – u.a. Wahl des Ortsvorstandes und der Delegierten zum BA und zum LPT – im Rathaus Tiergarten
- 08.02 20.00h OV Wilhelmstadt: **Jahreshauptversammlung** – u.a. Wahl des Ortsvorstandes und der Delegierten zum BA und zum LPT – im Weinkultur Habel (Luisenstr. 19)
- 10.02 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 13.02 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.02 19.00h OV Oranienburger Tor: **Jahreshauptversammlung** – u.a. Wahl des Ortsvorstandes und der Delegierten zum BA und zum LPT – im Cum Laude (Universitätsstr.)
- 15.02 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 20.02 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 23.02/24.02 FNST: **Rhetoriktraining** Modul I – in den Reinhardtstraßenhöfen (Reinhardtstr. 14) – Info und Anmeldung jeannette.hassenmeier@fnst.org
- 25.02 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Thema: Innerparteiliche Demokratie, Gast: Wolfgang Wieland MdB (Grüne) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.02 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

März 2007

- 06.03 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Via Nova (Universitätsstr. 2-3a)
- 06.03 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1), Otto-Suhr-Saal
- 10.03 19.00h OV Wedding: **Stammtisch** im Deichgraf (Nordufer 10)
- 13.03 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.03 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 15.03 17.30h **BVV-Mitte-Plenum** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), BVV-Saal
- 24.03 LV Berlin: **Ordentlicher Landesparteitag** – u.a. Nachwahl einer Stellv. Landesvorsitzenden, Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag, Leitantrag zur Sozialpolitik – im Hotel Berlin, Lützowplatz
- 25.03 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.03 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.